

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6564 –

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Juni 2001

Im Juni 2001 setzten sich die ausländerfeindlichen und rechtsextremen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

1. Welche rechtsextremistischen Aktivitäten (Demonstrationen, Fälle von Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch, Überfälle, Anschläge usw.)
 - a) gegen in der Bundesrepublik Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer und
 - b) gegen andere hier lebende Personensind der Bundesregierung im Juni 2001 bekannt geworden (mit der Bitte um genaue Auflistung nach Bundesländern und Straftaten)?
2. Wie viele Tatverdächtige wurden wegen rechtsextremistischer und rassistischer Übergriffe, Ausschreitungen, Überfälle usw. im Monat Juni 2001 festgenommen (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen gegen Rechtsextremisten wegen der Anschläge im Juni 2001 (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
4. In wie vielen Fällen wurde Untersuchungshaft verhängt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
5. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?
6. Wie viele Rechtsextremisten wurden im Juni 2001 wegen Anschlägen, Übergriffen, Zusammenrottung, Volksverhetzung usw. zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. Juli 2001 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

7. Wie viele Personen wurden durch diese rechtsextremen Anschläge, Überfälle im Juni 2001
- a) leicht verletzt
 - b) schwer verletzt
 - c) getötet
- (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Die Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hat sich im Rahmen ihrer Sitzung am 9./10. Mai 2001 auf die Modalitäten des neuen Meldedienstes „politisch motivierte Kriminalität“ und dessen rückwirkende Einführung zum 1. Januar 2001 verständigt. Dieser Beschluss ist noch nicht in allen Ländern vollständig umgesetzt.

Bundesweit aussagekräftige Zahlen liegen deshalb noch nicht vor. Das Bundeskriminalamt bereitet derzeit ein Lagebild für das erste Halbjahr 2001 vor. Dieses umfasst auch die fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Juni 2001.